

STAATSARCHIV HAMBURG

314 -15 Oberfinanzpräsident
Abl. 1998

G 45

Bescheidsakte

Fragebogen

Az.: O 1488 - G 45 - BV 333

OFD: H a m b u r g

1) Personalangaben des Berechtigten:

Name und Vorname:
(bei Frauen auch Geburtsname)

G u n d e r m a n n, Elly

Geburtsdatum und Geburtsort:

5.12.1894 in Hannover

jetzige Anschrift:

1757 Rua Peixoto Gomide, Sao Paulo/Brasilien

letzter Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung:

Berlin

bei Minderjährigen Name und Anschrift des gesetzlichen Vertreters:

2) Personalangaben des Verfolgten:

(nur auszufüllen, wenn Berechtigter nicht personengleich mit dem Verfolgten ist.)

Name und Vorname:
(bei Frauen auch Geburtsname)

Geburtsdatum und Geburtsort:

Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung oder Deportation:

3) (von der OFD auszufüllen)*): Bezeichnung der Beschlüsse und Vergleiche, auf Grund deren in einem Rückerstattungsverfahren eine Zahlungsverpflichtung

Beschluß Wiedergutmachungsamt beim Landgericht
Hamburg vom 21.5.52 - II/2 4087 -
wegen Umzugsgut

1. des Deutschen Reichs (einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost),

*) Aufzunehmen sind alle der OFD bekannten Beschlüsse und Vergleiche ohne Rücksicht darauf, ob der einzelne Anspruch dem zu Ziffer 1) genannten Berechtigten allein oder gemeinsam mit anderen Berechtigten zusteht.

2. des ehemaligen Landes
Preußen,

3. der ehemaligen National-
sozialistischen Deutschen
Arbeiterpartei (NSDAP),
deren Gliederungen, deren
angeschlossenen Verbände
und der sonstigen aufge-
lösten NS-Einrichtungen,

4. der Reichsvereinigung der
Juden in Deutschland und
des Auswanderungsfonds
Böhmen und Mähren

festgestellt worden ist.

4) Liegen weitere Beschlüsse
oder Vergleiche vor, nach
denen Ihnen allein oder ge-
meinsam mit anderen Berech-
tigten rückerstattungsrecht-
liche Geldansprüche gegen
einen der in Ziffer 3) ge-
nannten Rechtsträger zu-
stehen?

(Anzugeben ist die Rückerstattungs-
behörde, Datum und Aktenzeichen
des Beschlusses oder des Vergleichs)

nein

5) Haben Sie allein oder gemein-
sam mit anderen Berechtigten
~~weitere~~ rückerstattungsrechtliche
Geldansprüche gegen einen
der in Ziffer 3) genannten
Rechtsträger geltend
gemacht?

(Angabe der Rückerstattungsbe-
hörde und des Aktenzeichens)

nein

6) Welche von den in Ziffer 3)
bis 5) genannten rückerstat-
tungsrechtlichen Geldan-
sprüchen sind ganz oder teil-
weise abgetreten, verpfändet
oder gepfändet worden?

keine

Gfs. ist anzugeben

a) in welcher

b) Name und
Abtretungs-
oder Pfandg

7) Auf welche von
3) bis 5) gena
stattungsrechtli
sprüchen haben
Leistungen oder
halten?

Gfs. ist anzugeben

a) von welcher

b) in welcher

8) Haben Sie Ent
ansprüche angen

Anzugeben sind sämt
digungsansprüche u
der für Schaden an
Körper oder Gesun
Freiheit)

Gfs. ist anzugebe
der Entschädigu
und unter welch
zeichen.

9) Haben Sie einen E
tigten für das in
rückerstattungsge
Befriedigung rücke
rechtlicher Geldan
vorgesehene Verf
stellt?

Gfs. ist Name und
des Bevollmächtigt
geben.

Cfs. ist anzugeben

- a) in welcher Höhe,
b) Name und Anschrift des
Abtretungsempfängers
oder Pfandgläubigers.

- 7) Auf welche von den in Ziffer
3) bis 5) genannten rücker-
stattungsrechtlichen Geldan-
sprüchen haben Sie bereits
Leistungen oder Darlehen er-
halten?

keine

Cfs. ist anzugeben

- a) von welcher Stelle,
b) in welcher Höhe.

- 8) Haben Sie Entschädigungs-
ansprüche angemeldet?

(Anzugeben sind sämtliche Entschä-
digungsansprüche mit Ausnahme
der für Schaden an Leben, an
Körper oder Gesundheit oder an
Freiheit)

Cfs. ist anzugeben, bei wel-
cher Entschädigungsbehörde
und unter welchem Akten-
zeichen.

Ja. Beim Entsch.-Amt Berlin, Reg.Nr.: 258.144,
nach dem verstorbenen Ehemann Louis Gundermann.

1.) berufl.Fortkommen, 2.) Auswanderungs-
kosten (Eigentum und Vermögen) Bevollmächtigter
Rechtsanwalt Ferd.Bartmann, Berlin-Charlotten-
burg 9, Bayernallee 12.

- 9) Haben Sie einen Bevollmäch-
tigten für das im Bundes-
rückerstattungsgesetz für die
Befriedigungsrückerstattungs-
rechtlicher Geldansprüche
vorgesehene Verfahren be-
stellt?

X nein X

Cfs. ist Name und Anschrift
des Bevollmächtigten anzu-
geben.

10) An welche Stelle sollen die Zahlungen nach dem Bundesrückerstattungsgesetz geleistet werden?

(Bei Devisenausländern wird in der Regel die Errichtung eines liberalisierten Kapitalkontos erforderlich sein.)

An die Norddeutsche Bank A.G.,
das bereits bestehende Libka
Ihr Schreiben vom 29.2.56).

Hamburg, am
Konto (vergl.)

11) Sonstige Bemerkungen des Berechtigten:

Ich versichere, daß ich meine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig habe.

Hamburg, den 4. Februar 1958
(Ort) (Datum)

Elly Grünert
(Unterschrift)

Oberfinanzdirektion Hamburg
- O 1488 - 45 BV 331 -
Reg. Nr. 42/423

Hamburg 13, den
Hartungstrasse 5
Telefon 44 12 91

12. Juli 12
~~1958~~

514

Geschrieben	<u>6/5/11/8</u>
Gelesen	
Abgesandt	

B e s c h e i d

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung
der Rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des
Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger
(Bundesrückerstattungsgesetz - BRüG -) vom 19. 7. 1957
(Bundesgesetzbl. I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion
Hamburg den Berechtigten:

Elly Gundermann

1757 Ana Peixoto Gornide,

Sao Paulo Brasilien

als Rechtsnachfolger nach

Bevollmächtigten:

(Bl. 20 Darf. Hte)

1. Fraubogen ziff. 9/
folgenden Bescheid.

~~O. H. Phönnewolf,~~

~~Hamburg 1,~~

~~Ballindamm 14/15~~

I.

Der Bescheid liegt der Beschluss/Vergleich

vom

Az.

zugrunde.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Entscheidungen/und/gütlichen Einigungen zu Grunde:

- 1) *Berufung des Niedergerichtspräsidenten*
- 2) *beim Landgericht in Hamburg,*
- 3) *vom 21. Mai 1952,*
- Rhd. Z. II / Z 4087 ✓*

dem in I. aufgeführten Bescheid II.

Aus den in Ziffer I aufgeführten Entscheidungen/und/gütlichen Einigungen stehen den Berechtigten nach Massgabe der §§ 14 bis 26 BRUG folgende Ansprüche zu:

- 1) Aus der Entscheidung/gütlichen Einigung zu I, 1) DM
- 2) Aus der Entscheidung/gütlichen Einigung zu I, 2) DM
- 3) Aus der Entscheidung/gütlichen Einigung zu I, 3) DM

Der Anspruch vermindert sich gemäss § 23 BRUG um DM auf DM

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldbetrag wird auf

in Höhe von DM *2.550,-* ✓
(i.W.: *zweitausendfünfhundert und fünfzig* Deutsche Mark)
festgestellt.

zu

III.

III.

Der in Ziffer II festgestellte Betrag ist bis spätestens 31.3.1959 auszuführen.

Von dem zu Ziffer II festgestellten Betrag sind nach § 32 BRUG zu zahlen

- 1) bis spätestens zum 31.3.1959 DM
- 2) bis spätestens zum 31.3.1961 DM

Der verbleibende Restbetrag von DM ist grundsätzlich bis zum 31.3.1962 zu zahlen.

Im Falle des § 32 Abs.5 BRUG vermindert sich der Restbetrag auf einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden Hundertsatz.

IV.

Der zu Ziffer II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des § 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt.

V.

Auf die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden gemäss § 36 BRUG die folgenden ~~Vorleistungen~~ Darlehen angerechnet:

1. Darlehen von DM 850. — mit Wirkung vom 1.4.1956
2. Darlehen von DM 850. — mit Wirkung vom 6.6.1957

VI.

Die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden, soweit eine Anrechnung nach Ziffer V nicht erfolgt, bis zur Höhe von DM gemäss § 37 BRUG an das Land bewirkt.

VII.

VII.

Von dem unter Berücksichtigung der Ziffer V und Ziffer VI verbleibenden Betrag sind die nach Ziffer III und Ziffer IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen bis zur Höhe von DM an d Berechtigte zu zu bewirken.

VIII. VI

Stehen den Berechtigten neben dem in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen, weitere rückerstattungsrechtliche Geld - ansprüche gegen die in § 1 BRÜG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teil - Bescheid.

IX. VII

Gründe:

Bitte Rückseite einsetzen

pp.

Der in Ziffer IV genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRÜG. - Danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung aller festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRÜG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Rest - betrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertsatz.

X. VIII

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6 (3) Monaten nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg gestellt werden.

Im Auftrag

festgestellt:

V. d. d. VII 10.4.

101

im Wissen.
gemäß § 14, 16 Abs. 1, Satz 2 BGB kennt
sich die Höhe des Schadensersatzanspruches, den der
Berechtigte auf Grund dieses Beschlusses erhält,
nach dem Wiederbeschaffungswert des entgangenen
Nutzungsguts am 1. 4. 1956. Dieser Wieder-
beschaffungswert wird aus den in der Abrechnung
wiedergegebenen Gründen auf DM. 2.550,-
festgesetzt.

Eine Nutzungsvergütung steht der Berechtigten
nicht zu. Ein Vorteil, die der Gebrauch des
Nutzungsgutes gewährt hätte, wird gemäß
Abs. 2, Satz 1 kein Ersatz geleistet.

Nutzungen sind nicht entgangenen.
Der Berechtigte steht daher ein
Vertragsanspruch in Höhe von

DM. 2.550,-

zu.
Auf diesen Betrag werden gemäß § 36
die der Berechtigten gewährten Darlehen
von insgesamt DM. 1700,- anzurechnen.
Es noch DM. 850,- auszuscheiden.
11.11.

16

Anlage

Betr.: Feststellung des Wiederbeschaffungswertes per 1.4.1956 von entzogenem Hausrat bzw. entzogenem Umzugsgut.

Der Wert der entzogenen Hausratsgegenstände im Zeitpunkt der Entziehung ist durch den im Bescheid näher bezeichneten Beschluß (Vergleich) festgestellt worden. Durch die inzwischen eingetretene Rechtskraft dieses Beschlusses sind Einwendungen gegen die Höhe des festgestellten Entziehungswertes abgeschnitten. Die Oberfinanzdirektion kann und muß daher diesen Wert ihren Feststellungen unbeschadet zu Grunde legen. Sie hat sich darauf zu beschränken festzustellen, wie sich dieser Wert infolge der zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen verändert hat. Zu diesem Zweck ist eine Auskunft des Statistischen Bundesamtes eingeholt worden. Aus dieser Auskunft vom 4.12.1957 ergibt sich, daß im April 1956 die Preise für die Gegenstände, aus denen sich normalerweise entzogener Hausrat bzw. entzogenes Umzugsgut zusammensetzt, nämlich für Möbel aus Holz, Polstermöbel, Hausrat aus Glas, Porzellan und Steingut, Gardinen, Teppiche, Möbel- und Behangstoffe, Bett-, Haus- und Küchenwäsche, Bekleidung und Schuhe auf 172% des Standes von 1940, auf 167% des Standes von 1941 und auf 163% des Standes von 1942 gestiegen sind. Diese Preissteigerung ist allerdings nur bei neuen Sachen eingetreten. Die Preise für Gebrauchsgüter sind seit dem Entziehungszeitpunkt nicht annähernd in diesem Maße gestiegen. Von Sachverständigen, die von den Hamburger Gerichten ständig herangezogen werden, ist diese Tatsache in anhängigen Rückerstattungsverfahren mehrfach bestätigt worden. Diese Sachverständigen gehen davon aus, daß der Reichsmark-Entziehungswert im Verhältnis 1:1 auf Deutsche Mark umgestellt den Wiederbeschaffungswert ergibt.

Da die entzogenen Sachen zum großen Teil gebraucht gewesen sind, ist es nicht möglich, den Wiederbeschaffungswert in Höhe der vollen für Neuwaren ermittelten Preissteigerung festzusetzen. Es ist aber auch nicht richtig, nur deshalb, weil es sich um gebrauchte Sachen gehandelt hat, den Wiederbeschaffungswert per 1.4.1956 dem Entziehungswert ohne Rücksicht auf die inzwischen gestiegenen Preise gleichzusetzen. Da eine gerechte Schadensberechnung in diesen Fällen sowohl den Wert der Sachen auf dem Gebrauchsgütermarkt als auch deren Neuwert abzüglich einer gewissen Abschreibung für die Benutzung zu berücksichtigen hat (vergl. OLG Düsseldorf vom 8.1.1957 RzW 1957 S.73), muß auch der zur Errechnung des Wiederbeschaffungswertes zu ermittelnde Umrechnungsfaktor diesen beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen und von einem Mittelwert zwischen Preissteigerung für Neuwaren und Preissteigerung für Gebrauchsgüter ausgehen. Aus diesen Erwägungen heraus hält die Oberfinanzdirektion einen Umrechnungsfaktor von 1,5 für angemessen, d.h. der Wiederbeschaffungswert des entzogenen Hausrates per 1.4.1956 wird auf das 1 1/2fache des Entziehungswertes in Deutscher Mark festgesetzt.

0 5608 - G 45 - BV 42/423

Hamburg 13, den

14. Juli 1958

Reg.Nr. 514

34

Fe

Vfg.

Luftpost/Via Air Mail

Rückschein/Advice of delivery

ENTSCHÄDIGUNGSAMT BERLIN

GeschZ.: II A 2 c Reg.Nr.: 258 144
(Bitte bei Antwort angeben)

- 5. JUNI 1958 - W 35, den 30. Mai 1958

Potsdamer Straße 126, Zimmer: 241
Fernruf: 71 05 11, App.: 218
Tel. (965) 218 (nur im Innenbetrieb)

An die
Oberfinanzdirektion Hamburg

H a m b u r g 13
Magdalenenstr. 64 a

Sprechzeit: Dienstag 10.30-14 Uhr

Betr.: Rückerstattungsverfahren Elly Gundermann ./.. Dt.Reich
Vorg.: Ihr Schreiben vom 12. Mai 1958 mit Bescheidentwurf
- O 1488 - G 45 - BV 42/423 -

Die Berechtigte Elly Gundermann ist bei uns als Antragstellerin nach Louis Gundermann - Reg-Nr. 258 144 - registriert. Zahlungen aus Vermögensschäden sind bisher noch nicht geleistet.

Aus eigenem Recht liegt uns kein Entschädigungsantrag der Berechtigten vor. Wir haben wegen evtl. Registrierung bei anderen Entschädigungsbehörden die Bundeszentalkartei für Verfolgte beim Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf um Auskunft gebeten und werden Sie nach Erhalt der Antwort von dem Ergebnis der Ermittlungen unaufgefordert in Kenntnis setzen.

Im Auftrage

EntschA 021 - Briefbogen
Mat. 15 231, Din A 6, 100 000, 11. 57 ①

- Frei verlängern.*
BV 423 *trist um 8 Wochen*
verlängern *17/6 58*
Est 12/12 HL
- 2.) BV 11 Mit der Bitte, den Bescheid zu siegeln
 - 3.) Absendung
 - 4.) ZdA.Bescheidsakte

6FD Hamburg

0 5608 - G 45 - BV 42/423

Hamburg 13, den

19. Juli 1958

Reg.Nr. 514

34

Fe

Vfg.

Luftpost/Via Air Mail

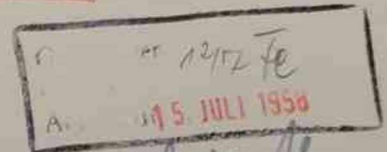
Rückschein/Advice of delivery

Einschreiben

1.)

Frau
Elly G u n d e r m a n n,
1757, Rua Peixoto Gomide
S a o P a u l o

Brasilien



Betr.: Ihre Rückerstattungssache.
Anlg.: 1 Bescheid.

Sehr geehrte Frau Gundermann!

Anliegend übersende ich Ihnen einen Bescheid
nach dem Bundesrückerstattungsgesetz.

Der Restbetrag in Höhe von DM 850.- des in diesem
Bescheid festgestellten Anspruchs wird in Kürze
auf Ihr Konto bei der Deutschen Bank AG in Hamburg
überwiesen werden.

Hochachtungsvoll

Wol
(P o l a c k)
Regierungsassessor

- 2.) BV 11 Mit der Bitte, den
Bescheid zu siegeln
3.) Absendung
4.) ZdA.Bescheidsakte

Durchschrift

Oberfinanzdirektion Hamburg

- O 1488 - G 45- RV 44 42 423

Hamburg 13, den
Telefon: 44 12 91

12. Juli 1958 20

Reg. Nr. 514

Bescheid

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz - BRüG -) vom 19.7.1957 (Bundesgesetzblatt I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg

d ~~OT~~ Berechtigten:

Elly G u n d e r m a n n

1757 Rua Peixoto Gomide, Sao Paulo / Brasilien

als Rechtsnachfolger nach

./.

Bevollmächtigter:

./.

folgenden Bescheid:

I.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Entscheidungen und gütlichen Einigungen zu Grunde:

Beschluß des Wiedergutmachungsamts beim Landgericht in Hamburg vom 21.5.1952 - Az.: II/Z 4087 -.

II.

Aus dem in Ziffer I aufgeführten Beschluß steht der Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 - 26 BRüG ein Anspruch in Höhe von

DM 2.550.-

(i.H.v.: Zweitausendfünfhundertundfünzig 00/100 Deutsche Mark)

zu.

III.

Der in Ziffer II festgestellte Betrag ist bis spätestens 31.3.1959 auszusahlen.

IV.

Der zu Ziffer II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des § 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt.

V.

Auf die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden gemäß § 36 BRUG die folgenden Darlehen angerechnet:

1. Darlehen von DM 850,-- mit Wirkung vom 1.4.1956
2. Darlehen von DM 850,-- mit Wirkung vom 6.6.1957.

VI.

Stehen der Berechtigten neben dem in Ziffer II aufgeführten Anspruch weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRUG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als 1 a 1 i - Bescheid.

VII.

Durch den in Ziffer I genannten Beschluss ist festgestellt worden, daß das Deutsche Reich verpflichtet ist, der Berechtigten für am 10.10.1941 entzogenes Umsugsgut in Höhe von RM 1.700,-- Schadensersatz zu leisten.

Gemäß § 14, 16 Abs. 1 Satz 2 BRUG bemisst sich die Höhe des Schadensersatzbetrages, der der Berechtigten auf Grund dieses Beschlusses zusteht, nach dem Wiederbeschaffungswert des entzogenen Umsugsguts am 1.4.1956. Dieser Wiederbeschaffungswert wird aus den in der Anlage wiedergegebenen Gründen auf DM 2.550,-- festgesetzt.

Eine Nutzungsvergütung steht der Berechtigten nicht zu. Für Vorteile, die der Gebrauch des Umsugsgutes gewährt hätte, wird gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1 BRUG kein Ersatz geleistet. Sonstige Nutzungen sind nicht entgangen.

Der Berechtigten steht daher ein Schadensersatzanspruch in Höhe von DM 2.550,-- zu.

Auf diesen Betrag werden gemäß § 36 BRUG die der Berechtigten gewährten Darlehen in Höhe von insgesamt DM 1.700,-- angerechnet, so daß ihr noch DM 850,-- auszusahlen sind.

Der in Ziffer IV genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRUG, danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung a 1 i e r festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest der in § 31 BRUG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu erreichenden Hundertsatz.

VIII.

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6 Monaten nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg gestellt werden.

Im Auftrag

(Hück)

Regierungsassessor



Kapp

Betr.: Feststellung des Wiederbeschaffungswertes per 1.4.1956 von entzogenem Hausrat bzw. entzogenem Umzugsgut.

Der Wert der entzogenen Hausratsgegenstände im Zeitpunkt der Entziehung ist durch den im Bescheid näher bezeichneten Beschluß (Vergleich) festgestellt worden. Durch die inzwischen eingetretene Rechtskraft dieses Beschlusses sind Einwendungen gegen die Höhe des festgestellten Entziehungswertes abgeschnitten. Die Oberfinanzdirektion kann und muß daher diesen Wert ihren Feststellungen unbeschadet zu Grunde legen. Sie hat sich darauf zu beschränken festzustellen, wie sich dieser Wert infolge der zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen verändert hat. Zu diesem Zweck ist eine Auskunft des Statistischen Bundesamtes eingeholt worden. Aus dieser Auskunft vom 4.12.1957 ergibt sich, daß im April 1956 die Preise für die Gegenstände, aus denen sich normalerweise entzogener Hausrat bzw. entzogenes Umzugsgut zusammensetzt, nämlich für Möbel aus Holz, Polstermöbel, Hausrat aus Glas, Porzellan und Steingut, Gardinen, Teppiche, Möbel- und Behangstoffe, Bett-, Haus- und Küchenwäsche, Bekleidung und Schuhe auf 172% des Standes von 1940, auf 167% des Standes von 1941 und auf 163% des Standes von 1942 gestiegen sind. Diese Preissteigerung ist allerdings nur bei neuen Sachen eingetreten. Die Preise für Gebrauchtwaren sind seit dem Entziehungszeitpunkt nicht annähernd in diesem Maße gestiegen. Von Sachverständigen, die von den Hamburger Gerichten ständig herangezogen werden, ist diese Tatsache in anhängigen Rückerstattungsverfahren mehrfach bestätigt worden. Diese Sachverständigen gehen davon aus, daß der Reichsmark-Entziehungswert im Verhältnis 1:1 auf Deutsche Mark umgestellt den Wiederbeschaffungswert ergibt.

Da die entzogenen Sachen zum großen Teil gebraucht gewesen sind, ist es nicht möglich, den Wiederbeschaffungswert in Höhe der vollen für Neuwaren ermittelten Preissteigerung festzusetzen. Es ist aber auch nicht richtig, nur deshalb, weil es sich um gebrauchte Sachen gehandelt hat, den Wiederbeschaffungswert per 1.4.1956 dem Entziehungswert ohne Rücksicht auf die inzwischen gestiegenen Preise gleichzusetzen. Da eine gerechte Schadensberechnung in diesen Fällen sowohl den Wert der Sachen auf dem Gebrauchtwarenmarkt als auch deren Neuwert abzüglich einer gewissen Abschreibung für die Benutzung zu berücksichtigen hat (vergl. OLG Düsseldorf vom 8.1.1957 RZW 1957 S.73), muß auch der zur Errrechnung des Wiederbeschaffungswertes zu ermittelnde Umrechnungsfaktor diesen beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen und von einem Mittelwert zwischen Preissteigerung für Neuwaren und Preissteigerung für Gebrauchtwaren ausgehen. Aus diesen Erwägungen heraus hält die Oberfinanzdirektion einen Umrechnungsfaktor von 1,5 für angemessen, d.h. der Wiederbeschaffungswert des entzogenen Hausrates per 1.4.1956 wird auf das $1\frac{1}{2}$ fache des Entziehungswertes in Deutscher Mark festgesetzt.

O. H. SCHÖNEWOLF

RECHTSANWALT

BANKKONTO: DEUTSCHE BANK IN HAMBURG
POSTSCHECKKONTO: HAMBURG NR. 1364 25

HAMBURG 1, den 27. August 1958

BALLINDAMM 15
TELEFON 32 22 01 / 02

fst. 1795

An die

Oberfinanzdirektion Hamburg

H a m b u r g 13

Hartungstraße 5

23

Oberfinanzdirektion Hamburg	
BV u. BA	
Az.:	
Eing.:	28. AUG. 1958
Sachgeb.:	42

28. AUG. 1958

Mit Akte
Nr 2918.
beigefügt 9.1/9.58.

Betr.: Rückerstattungssache Elly Gundermann

Aktenzeichen: - O 1488 - BV 33/333 - G 45

In der vorbezeichneten Angelegenheit hat Frau Gundermann unter dem 15. August 1958 wie folgt an die Deutsche Bank in Hamburg geschrieben:

" Wie mir die Oberfinanzdirektion Hamburg 13, Hartungstr. 5, mitteilt, hat diese auf mein Konto auf Ihrer Bank um Juli den Betrag von Mark 850.-- überwiesen. Da ich bis heute von Ihnen noch keinen Avis habe, so bitte ich Sie mir mitzuteilen, ob dieser Betrag schon überwiesen ist, damit ich über diesen verfügen kann."

Unter höflicher Bezugnahme auf das gestrige Telefongespräch darf ich bitten, den Betrag von DM 850.-- nach Eingang des Zustellungsnachweises auf mein

Ausländer-Anderkonto

bei der Deutschen Bank AG. in Hamburg

liegt vor
mit Akte
8/20 Darf Akte

überweisen zu wollen.

Inkassovollmacht lege ich mit der Bitte um Rückgabe bei.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Nr 423 B.N.
er. Vor 2/9.
Vor 2/9.
bef. 4/9.58.
BV 423
1.) 2/10.9.58
(Büchschrein?)
8/9/58.

O. H. Schönewolf

Oberfinanzdirektion Hamburg
- 0 5608 - G 45 - BV 42/423 -

Reg. Nr. 514

Entwurf

Hül

Ausg. BV Verw.

Nr.

6004

1. Ausfertigung für 0804-550
2. Vermögensbuchhaltung
3. 4. 5. Werteverwaltung

1. Anordnungsbeurteilung:

Auf Grund des von der Oberfinanzdirektion Hamburg am 12. Juli 1958 erteilten Bescheides steht der Berechtigten, Frau Elly Gundermann, ein Rückerstattungsanspruch in Höhe von DM 2.550,-- zu. Auf diesen Betrag sind die der Berechtigten gewährten Darlehen in Höhe von insgesamt DM 1.700,-- anzurechnen, so dass noch DM 850,-- auszusahlen sind.

Auszahlungsanordnung für die Amtskasse für Bundesvermögen

Verb. Stelle: Kap. 0804 Tit. 350 Kj. 19

Auszahlen sind

850,-- DM

(i. W.: Acht-hundertundfünfzig DM)

an

Frau Elly Gundermann,

1757 Rua Peixoto Gomide, Sao Paulo, Brasilien,
Ausländer-Kontokonto des Rechtsanwalts G. H. Schönewolf, Hamburg,
bei der Deutschen Bank A.G. in Hamburg

Kto.:

Buchungsanweisung für die Vermögensrechnung (§ 65 VBRO)

Kj. 1958

Buchungsstelle 6004

Vermögensgr. 4313/09

Kto. Nr.

in das Vermögenssachbuch (Vermögenskartei) einzutragen.

Lfd. Nr.

Datum

Der Vermögensbuchhalter der Amtskasse für Bundesvermögen wird angewiesen, im Vermögenssachbuch Abschnitt für in RM festgestellte Rückerstattungsansprüche unter nebenstehender Buchungsstelle

1.700,-- DM

(i. W.: Eintausendsiebenhundert DM)

als Abgang ohne haushaltsmäßige Zahlung zu buchen

(Unterschrift)

Auslieferungsanordnung.

Wertkontobuch C 2. S. 17. Nr. 1210
Wertkontobuch C 2. S. 170. Nr. 2314
Wertkontobuch C

Die Amtskasse für Bundesvermögen wird angewiesen, den mit Annahmeanordnung

v. 22.2.1956 über 3.7.1957

in Verwahrung genommenen Darlehensvertrag

v. 2.2.56 über 19.12.55

850,--

DM (i. W.:

Acht-hundertundfünfzig

DM)

v. 3.6. über 2.5.1957

850,--

DM (i. W.:

Acht-hundertundfünfzig

DM)

v. über

DM (i. W.:

DM)

v. über

DM (i. W.:

DM)

Darlehensnehmer: Elly Gundermann, Rua Joao Moura, 943, Sao Paulo/Brasilien

ab BV 42 Reg. 456, Jakob

herausgegeben

erhalten:

(Namen und Amtsbezeichnung)

Hamburg, den

24. Nov. 1958

Sachlich richtig und festgestellt

Hamburg, den 5. November 1958

(Voss)
V. G. v. 10. A.

(Amtsbezeichnung)

L. A.

(Polack)
Regierungsassessor

1.) Herrn
Senator für Finanzen
Sondervermögens- und Bauverwaltung

Geschrieben 3.11.59
Gelesen 5. NOV. 1959
Abgehandelt

Berlin - Charlottenburg 2.

G 45

DER SENATOR FÜR FINANZEN
Sondervermögens- und Bauverwaltung

Berlin-Charlottenburg 2, den 15.10.1959
Fasanenstraße 87, Zimmer 62
Fernruf: 32 52 01, Apparat 274

Gesch.-Z.: Fin III S Verm. IV/E - O 5608
AZ.: 18 655 (23 WGA 1365/57)

An die
Oberfinanzdirektion Hamburg

H a m b u r g 13
Harvestehuderweg 14

Betr.: Befriedigungsverfahren Elly Gundermann, geb. Böhm

Das Entschädigungsamt Berlin teilt in seiner Stellungnahme zu meinem Bescheidentwurf mit, daß die Oberfinanzdirektion Hamburg bereits am 16.5.58 Anfrage wegen entzogenen Umzugsgutes beim Entschädigungsamt Berlin gehalten hat. - Ich entnehme daraus, daß die Berechtigte auch bei Ihnen Rückerstattungsansprüche aus eigenem Recht geltend gemacht hat. Falls Sie der Berechtigten schon einen Bescheid erteilt haben, würde ich Ihnen über den hiesigen Anspruch einen internen Bescheid übersenden. In dem hier eingereichten Fragebogen hat die Be-

- b. wenden

34
daß nach Auskunft der Bundeszentralbank
keine Entschädigungsansprüche bei
anderen Behörden angemeldet sind.

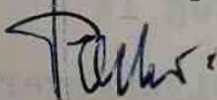
Im Auftrag

2./26. 2 Monate.

3. NOV. 1959

rechtigte nicht angegeben, daß sie Rückerstattungsansprüche
in Hamburg geltend gemacht hat.

Im Auftrage



(Dr. Postler)

SA. Nov. 1928

Hamburg, den 2. Nov. 19 59

Durchschrift für die Akte

46

Büro: Magdalenenstraße 64 a+b

Herrn
Senator für Finanzen
Sondervermögens- und Bauverwaltung

Berlin - Charlottenburg 2
Fasanenstraße 87

Betr.: Rückerstattungssache Elly Gundermann geb. Böhm

Bezug: Ihr Schreiben vom 15.10.1959 - Gesch.Zch. Fin
III S Verm. IV/E - O 5608 - Az.: 18 655 (23 AKA
1365/57) -

Ich bitte um Übersendung eines internen, begründeten
Teilbescheides, da ich der Berechtigten bereits am
12.7.1958 einen Bescheid über einen Anspruch wegen ent-
zogenen Umzugsguts erteilt habe.

Auch in dem mir vorliegenden Fragebogen hat die
Berechtigte keine Angaben über die dort angemeldeten
Ansprüche gemacht.

Im Auftrag

gez.

(Dr. Grassmann)
Regierungsrat

Der Senator für Finanzen

Sondervermögens- und Bauverwaltung

Gesch.-Z.: Fin III SVer. IV/E - 05608

Akten-Z.: 18 655 (23 WGA 1365/571

Berlin-Charlottenburg, den
Fasanenstraße 87

5. JAN. 1960

Interne

Bescheid

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reiches und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz - BRüG) vom 19. 7. 1957 (BGBl. S. 734) erteilt die Sondervermögens- und Bauverwaltung, Berlin,

der Berechtigten:

Frau Elly G u n d e r m a n n, geb. Böhm

Sao Paulo / Brasilien

Rua Peixoto Gomide 1757

als Rechtsnachfolger nach:-----

Bevollmächtigter: **Herr Rechtsanwalt Ferd. Bartmann u.**
Herr Rechtsanwalt wolfg. Zoliner
Berlin-Charlottenburg, Bayernallee 12
folgenden **Bescheid:**

I. Dem Bescheid liegen die nachstehenden Rechtstitel zugrunde:

Beschluß der Wiedergutmachungskammer von Berlin v. 21.5.59
- 23 WGA 1365/57 - **- Wertsachen -**

II. Aus den in Ziff. I aufgeführten Rechtstiteln steht dem Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRüG folgender Anspruch zu:

DM 1.275.-- ✓

Der Anspruch vermindert sich gemäß § 23 BRüG

um

DM **entfällt** ✓

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldbetrag wird

auf

DM 1.275.-- ✓

(i. W.: DM **Tausendzweihundertfünfundzig**)
festgestellt.

Festsetzung
(KOTZUBA)
GL. VI/10A
erm. mB Vfg. v. 28. 5. 59 - SY. L-81 - 8 2030 -

III. Von dem in Ziff. II festgestellten Betrag sind nach § 32 BRüG zu zahlen:

1. gemäß Absatz 2 DM 1.275,-- ✓

2. bis spätestens zum 31. März 1961 DM ----

Der verbleibende Restbetrag von DM ----

ist grundsätzlich bis zum 31. März 1962 zu zahlen.

Im Falle des § 32 Abs. 5 BRüG vermindert sich der Restbetrag auf einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden Hundertsatz.

IV. Der in Ziff. II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des § 34 BRüG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1. April 1956 an zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRüG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31. Dezember 1962 befriedigt.

V. Auf die nach Ziff. III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden gemäß § 36 BRüG die folgenden Vorleistungen / Darlehen angerechnet: ---- ✓

VI. Die nach Ziff. III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden, soweit eine Anrechnung nach Ziff. V nicht erfolgt, bis zur Höhe von DM ---- gemäß § 37 BRüG an das Land Berlin - Entschädigungsamt - bewirkt.

VII. Von dem unter Berücksichtigung der Ziff. V und Ziff. VI verbleibenden Betrag sind die nach Ziff. III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen bis zur Höhe von

DM 1.275,-- ✓

an den Berechtigten zu bewirken.

VIII. Stehen dem Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere Rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRüG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teilbescheid.

IX.

Gründe:

Der in Ziffer II festgestellte Betrag entspricht dem unter Ziffer I genannten Beschluß.

X.

Rechtsmittelbelehrung

Innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Zustellung des Bescheides kann der Berechtigte gerichtliche Entscheidung beantragen. Der Antrag kann insbesondere darauf gestützt werden, daß in dem Bescheid die Aufteilung des Geldbetrages gemäß § 32 Abs. 2 bis 4 und Abs. 6 Satz 1 unrichtig vorgenommen oder, falls vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine gerichtliche Entscheidung rechtskräftig oder eine gütliche Einigung rechtskräftig geworden ist (§ 14 Abs. 1), die Höhe des geschuldeten Geldbetrages im Bescheid unzutreffend festgesetzt worden ist. Wohnt der Berechtigte im Ausland, so tritt an die Stelle der Frist von drei Monaten eine Frist von sechs Monaten. Der Antrag ist an die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Berlin zu richten. Auf das Verfahren finden die Rechtsvorschriften zur Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände (§ 11 Nr. 1) Anwendung. Ein Anwaltszwang besteht nicht.

Der Bescheid ist hiermit beglaubigt.



Im Auftrage

Sachlich richtig
(Gelesen)
Assessor

Der Senator für Finanzen

Sondervermögens- und Bauverwaltung
Gesch.-Z.: Fin III SVer. IV/E-05

Akten-Z.: 18 655 (23 W)

Inter

Auf Grund der §§
lichen Geldverbindl
(Bundesrückerstattun
vermögens- und Ba

d er Berechtigten:

Frau Elly G

Sao Paulo /

Rua Peixote

als Rechtsnachfolg

Bevollmächtigter:

folgenden

I. Dem Bescheid

Beschluß d

- 23 WGA 1

II. Aus den in
der §§ 14 b

Der An

Der hiernac

(i. W.: DM
festgestellt.

37

Abschrift.

ENTSCHADIGUNGSAUSSCHUSS BERLIN

Gesch.Z. II A 1 f Reg.Nr.: 258 144

Berlin W 35, d.6.Okt.1959
Potsdamer Str. 192, Zi.:342
Fernruf:710511, App.355

Durch Fach!

An den
Senator für Finanzen
Sondervermögens-und Bauverwaltung
-Fin III SVerh.IV/E - O 5608 -

Betr.: RE-Verfahren Elly Gundermann ./.. Dt.Reich
Geschädigte: dto.

Vorg.: Bescheidentwurf vom 11.9.1959 -Az.: 18 655 - 23 WGA1365/57

Die Berechtigte, Frau Elly Gundermann, hat hier lediglich Erbansprüche nach Louis Gundermann -Reg.Nr.258 144- gestellt. Aus diesem Antrag sind uns jedoch keine RE-Ansprüche erwachsen.

Eine bereits im Juni 1958 gehaltene Anfrage an die Bundeszentralbank ergab, daß die Berechtigte bei anderen Entschädigungsbehörden keine Anträge zur Anmeldung gebracht hatte.

Da uns erfahrungsgemäß jede weitere Neuregistrierung von der Bundeszentralbank mitgeteilt wird, halten wir eine erneute Anfrage nicht für erforderlich.

Es wird ferner mitgeteilt, daß wir bereits am 16.5.1958 eine Anfrage der Oberfinanzdirektion Hamburg wegen entzogenen Umzugsgutes erhalten haben.

Daraus ergab sich, daß für die Berechtigte aus eigenem Recht ein Befriedigungsverfahren bei der Oberfinanzdirektion Hamburg unter dem Aktenzeichen O1488 - G 45 BV 42/423 -Reg.Nr.514 - anhängig war.

Es wird daher empfohlen, zwecks Koordinierung aller RE-Ansprüche der Berechtigten, mit der genannten Dienststelle in Verbindung zu treten

Im Auftrage

gez. Pomsel .

NOTAR
FERD. BARTMANN
WOLFGANG ZOLLNER
RECHTSANWÄLTE

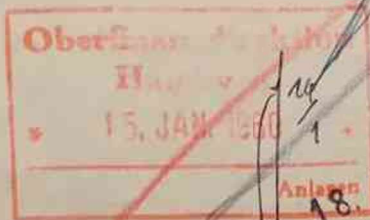
Telefon: Sammelnummer 942889

Bankkonten:

Berliner Disconto-Bank AG., Depositen-Kasse A
Berlin-Charlottenburg 4, Bismarckstraße 68
Bank für Handel und Industrie, Depos.-Kasse 18
Kontonummer 181577
Berlin-Charlottenburg 9, Reichskanzler-Platz 4
Postscheckkonto: Berlin-West 321

Berlin-Charlottenburg 9, den 13. 1. 1960
Bayernallee 12
Fahrverbindungen:
S-Bahn Hauptstraße, U-Bahn Neuwesend

./Dö.



pv 42

An die
Oberfinanzdirektion
H a m b u r g 11
Rödingsmarkt 83

Betr.: Befriedigungsverfahren nach dem Bundesrück-
erstattungsgesetz für Frau Elly Gundermann
geb. Böhm

Beschluss der Wiedergutmachungsämter von Berlin
vom 21. 5. 1959 - 23 WGA 1365/57 -
Gesch.Z. des Senators für Finanzen in Berlin:
Fin III S Verm. IV E - O 5608 - 18 655

Beschr.: Fr. Lohr. 13.1.1960

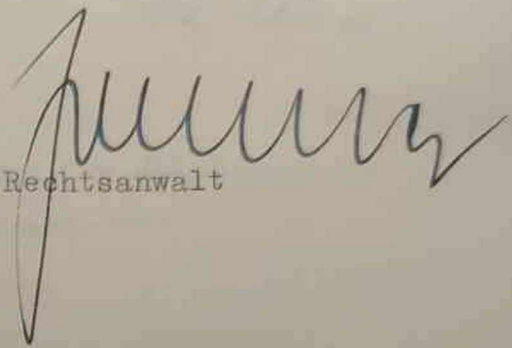
Wir vertreten Frau Elly G u n d e r m a n n
in dem obigen Rückerstattungsverfahren. Durch rechts-
kräftigen Beschluss vom 21. 5. 1959 ist eine Schadens-
ersatzverpflichtung des ehemaligen Deutschen Reiches
in Höhe von 1.275,-- DM festgestellt. Der Senator für
Finanzen in Berlin hat das Befriedigungsverfahren ein-
geleitet und uns mit Schreiben vom 5. 1. 1960 mitge-
teilt, dass die Unterlagen an die Oberfinanzdirektion
Hamburg übersandt seien, da die Oberfinanzdirektion
Hamburg bereits einen Bescheid erteilt habe, so dass
sie auch für die Erteilung eines weiteren Bescheides
zuständig sei. Das dortige Aktenzeichen ist uns leider
nicht bekannt; wir kennen nur ein Aktenzeichen der
Entschädigungsbehörde Hamburg II/Z 4087.

Wir nehmen an, dass der mit unserem Schreiben
vom 26. 8. 1959 dem Senator für Finanzen in Berlin
übersandte Fragebogen vom 4. 8. 1959 der Oberfinanz-
direktion Hamburg vorliegt und bitten,

- 1) den Befriedigungsbescheid wegen des im Beschluss
vom 21. 5. 1959 festgestellten Betrages uns zu-

zustellen und

- 2) den rückerstattungsrechtlichen Schadensersatzbetrag in Höhe von 1.275,-- DM auf das im Fragebogen angegebene Konto bei der Berliner Disconto Bank AG, Depka A, überweisen zu lassen.


Rechtsanwalt

er

Frau Lily Gundermann geb. Böhm,
1757 Rua Peixoto Gomide, Sao Paulo/Brasilien
letzter inländischer Wohnsitz: Berlin

IM 1.2.55

Rechtsanwälte F. Bartmann und W. Sellmer
Berlin-Charlottenburg, Bayernallee 12

Vor der Verwaltungsstelle
11.7.1956 - Reg.Kr. 514 - Bescheid vom 12.7.1956

1.2.55

Rechtsanwälte F. Bartmann und W. Sellmer

im Anschluss an den Bescheid vom 12.7.1956 - Reg.Kr. 514 -
weiteren

Beschluss der Niedergutsachungsmäster von Berlin
vom 21.3.1939 - Az.: 23 WGA 1365/57 -

DM 1.275

Der der Berechtigten unter Einbeziehung des ihr durch Bescheid vom
12.7.1938 - Reg.Nr. 514 - anerkannten Betrages von DM 2.550,—

3.825,—

Dreitausendachthundertfünfundzwanzig

in Höhe von DM 2.550,— bereits ausge-
zahlt

Der in Ziffer I genannte Bescheid enthält eine Verpflichtung
des besagten Bescheid, der Bescheidigten die obgenannte Summe
von insgesamt drei Hundertfünfundzwanzig Mark auszusahlen
in drei Teil
zu zahlen.

1.275,—

alsbald nach Zustellung des Bescheides auszusahlen.

in Höhe von

der Bescheidensgegenstand beträgt

DM 3.000,—

Hiervon ist der bereits ausgezahlte Betrag von

DM 3.000,—

abzusetzen, so dass noch ein Betrag von

DM 1.275,—

nach § 32 Abs. 2 SGG auszusahlen ist.

Der Bescheidensgegenstand ist der Betrag von
DM 3.000,— der dem Bescheidigten zu zahlen ist
nach § 32 Abs. 2 SGG.

Der Bescheid ist der Bescheidigten am 1. März 1934
zustelle. Der Bescheid ist dem Bescheidigten am 1. März 1934
zustelle. Der Bescheid ist dem Bescheidigten am 1. März 1934
zustelle.

Der Bescheid ist der Bescheidigten am 1. März 1934
zustelle. Der Bescheid ist dem Bescheidigten am 1. März 1934
zustelle. Der Bescheid ist dem Bescheidigten am 1. März 1934
zustelle.

-gemäß dem in Ziffer II genannte Bescheid -

ist

DM 1.275,—

(Dr. ...)

DM 1.275

2.550

DM 3.825. —

DN 2,550,—

DN 1.275.—

總發行所 東京 丸の内區 丸の内 丸の内ビルヂング

-soweit ihm der in Ziffer II genannte Rechtstitel zugrunde liegt -

10

1997

RES.

(Dr. Grassmann)
Regierungsrat

65608 - G 45 - BV 42/423a

Hamburg 13, den

29. Jan. 19 60

Reg.Nr. 2732

43

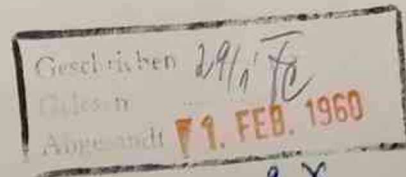
Fe

Mit Postzustellungsurkunde!

Vfg.

1.)

Herren
Rechtsanwälte
F. Bartmann, Notar
W. Zollner,

Berlin-Charlottenburg 9Bayernallee 12Betr: Rückerstattungssache Frau Elly Gundermann.Bezug: Ihr Schreiben vom 13. Jan. 1960 - /D8.-Anlg.: 1 Bescheid - zweifach.

Im Anschluss an den Bescheid Nr. 514 vom 12.7. 1958 übersende ich Ihnen anliegend mit einer für Sie bestimmten beglaubigten Durchschrift einen Ergänzungsbescheid.

Um den danach noch auszahlenden Betrag bald - möglich überweisen zu können, erbitte ich Auf - gabe eines Kontos, da die Berechtigte in dem mir vorliegenden Fragebogen die Deutsche Bank AG in Hamburg als Zahlungsstelle angegeben hat, während Sie in Ihrem o.a. Schreiben die Berliner Disconto-Bank AG, Depka A, in Berlin auführen.

Im Auftrag

(Dr. Grassmann
Regierungsrat

2.) BV 11 m.d.B., den Orig. Bescheid
zu siegeln

3.) Absendung

4.) ZdA.BA.

NOTAR
FERD. BARTMANN
WOLFGANG ZOLLNER
RECHTSANWÄLTE

Telefon: Sammelnummer 94 28 89

Bankkonten:

Berliner Disconto-Bank AG., Depositen-Kasse A
Berlin-Charlottenburg 4, Bismarckstraße 68
Bank für Handel und Industrie, Depos.-Kasse 18
Kontonummer 181577
Berlin-Charlottenburg 9, Reichkanzler-Platz 4
Postsparkonto: Berlin-West 321

Berlin-Charlottenburg 9, 3. Februar 1960
Bayernallee 12

Fahrverbindungen:
S-Bahn Hakenstraße, U-Bahn Neuwand

./Dö.

An die
Oberfinanzdirektion Hamburg
H a m b u r g 13
Harvestehuder Weg 14

Betr.: Rückerstattungssache Frau Elly Gundermann
Gesch.Z.: O 5608 - G 45 - BV 42/423a -
Reg.Nr. 2732

Wir bestätigen den Eingang des Schreibens
vom 29. Januar 1960 mit dem Ergänzungsbescheid.

Mit unserem Schreiben vom 26. 8. 1959 hatten
wir dem Senator für Finanzen - Sondervermögens- und
Bauverwaltung - in Berlin-Charlottenburg, Fasanen-
str. 87 (Gesch.Z. Fin III SVer IV/E O 5608 - Aktz.
18 655 - 23 WGA 1365/57) den in dieser Sache von ihm
angeforderten Fragebogen überreicht, der von der An-
tragstellerin, Frau Elly Gundermann, unterzeichnet
ist, und in dem die Frage unter 10, an welche Stelle
die Zahlungen nach dem Bundesrückerstattungsgesetz
geleistet werden sollen, wie folgt beantwortet ist:

INK. ✓
" Ausländer-Anderkonto (o.Nr.)
Rechtsanwälte Bartmann und Zollner
Berliner Disconto Bank AG, Depka A
Berlin-Charlottenburg, Bismarckstr. 68."

Wir bitten daher, den noch auszahlenden Be-
trag von DM 1.275,-- auf dieses Konto zu überweisen.

nl. 19/2.60


Rechtsanwalt

Oberfinanzdirektion Hamburg
- O 5608 - G 45 - BV 42/423a -

Entwurf

Hül

Ausg. BV Verw.

Nr.

6004

Reg. Nr. 2732

Ausfertigung für 0004-350

Vermögensbuchhaltung

Werteverwaltung

Anordnungsbegründung: Auf Grund des von der Oberfinanzdirektion Hamburg im Anschluss an den Bescheid vom 12.7.1958 - Reg.Nr. 514 erteilten Ergänzungsbescheides vom 29. Januar 1960 steht der Berechtigten, Frau Elly Gundermann, ein Gesamtrückerstattungsanspruch in Höhe von DM 3.825,- zu. Hierauf ist der bereits ausgezahlte Betrag in Höhe von DM 2.550,- anzurechnen, so dass noch DM 1.275,- auszu zahlen sind.

Auszahlungsanordnung für die ~~Amtskasse für Bundesvermögen~~ Oberfinanzkasse
Verb. Stelle: Kap. 6004 Tit. 350 Rj. 19 60 Hamburg

Auszahlen sind

1.275,- DM

(i. W. Eintausendzweihundertundfünfsiebenzig - DM)

an: Frau Elly G u n d e r m a n n geb. Böhm,
1757/Rua Peixote Gomide, Sao Paulo / Brasilien,

Ausländer-Anderkonto (o.Nr.) der Rechtsanwälte Bartmann und Zollner,
Kto. b.d. Berliner Disconto-Bank A.G., Depka A., Berlin-Charlottenburg, Bis-
markstrasse 68

Buchungsanweisung für die Vermögensrechnung (§ 65 VBRO)

Buchungsstelle

Vermögensgr. 4313/09

Kto. Nr.

in das Vermögenssachbuch (Vermögenskartei) ein-
getragen.

Lfd. Nr.

Datum

Der Vermögensbuchhalter der Amtskasse für Bundesvermögen wird an-
gewiesen, im Vermögenssachbuch Abschnitt für in RM festgestellte
Rückerstattungsansprüche unter nebenstehender Buchungsstelle

DM

(i. W. DM)

als Abgang ohne haushaltsmäßige Zahlung zu buchen.

(Unterschrift)

Auslieferungsanordnung.

Wertkontobuch C

Wertkontobuch C

Wertkontobuch C

Die Amtskasse für Bundesvermögen wird angewiesen, den mit Annahmeanordnung

in Verwahrung genommenen Darlehensvertrag

.....	/ über	DM (i. W.:	DM)
.....	/ über	DM (i. W.:	DM)
.....	/ über	DM (i. W.:	DM)
.....	/ über	DM (i. W.:	DM)

Darlehensnehmer:

an BV

herauszugeben.

erhalten:

(Namen und Amtsbezeichnung)

Hamburg, den

Sachlich richtig und fest-
gestellt

CA. A. H. 60

(Mark)

VA. Gr. V. Th. TO. A.

(Amtsbezeichnung)

5. APR. 1960

Hamburg, den

April 1960

L. V.

L. A.

(Dr. Grassmann)
Regierungsrat

